ginalize German victim narratives by privileging the Holocaust in one's analysis of the catastrophe wrought across Europe by Nazism, nor is one constructing some sick hierarchy of suffering. Rather, if done with the proper scholarly care and vision demonstrated by E. and Sch., the real suffering of Germans can reenter the historical narrative in a context that allows an effective understanding of where that suffering came from, and in what ways it has been construed, exploited, and unpacked through the decades of the Cold War. This sober analytical exercise is that much more important today, as the last eye-witnesses die out, expellee monuments and *Heimatsammlungen* (among other cultural artifacts) lose most of their remaining ties to their original context, and certain political players insert themselves to fashion a new cultural memory that serves their own political ends.

Washington D.C.

Andrew Demshuk

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken. Hrsg. von Stephan Scholz, Maren Röger und Bill Niven. Schöningh. Paderborn 2015. 452 S., Ill. ISBN 978-3-506-77266-4. (€ 39,90.)

Man ist versucht zu fragen, ob denn dem regalfüllenden Konvolut von Büchern und Broschüren zu „Flucht und Vertreibung“ immer noch Neues hinzuzufügen ist – ganz nach dem Motto „Es ist zwar alles gesagt – aber noch nicht von allen“. Die Rezensentin gesteht: Sie ist mit diesem Vorurteil an die Lektüre herangegangen und jetzt eines Besseren belehrt: Zum einen steht nicht der Vorgang „Flucht und Vertreibung“ im Fokus der Autoren, sondern es sind die verschiedenen Formen der Erinnerung daran. Zum anderen ist die Erinnerung selbst ein Prozess, der im Verlauf von sieben Jahrzehnten Wandlungen erfahren hat und neu zu bewerten ist – das gilt insbesondere für die Zeit seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Dass es in BRD und DDR unterschiedliche Paradigmen des Umgangs mit dem Thema gab, ist bereits hinreichend erörtert und in Ausstellungen präsentiert worden (erinnert sei nur an die – wenn auch im Band nicht erwähnte – Ausstellung der „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ unter dem Titel „Flucht, Vertreibung, Integration“, die 2006/07 in Bonn, Berlin und Leipzig gezeigt worden ist). Aber mit der deutschen Wiedervereinigung und der EU-Erweiterung ergeben sich neue Möglichkeiten, das zur Zeit des Eisernen Vorhangs stark ideologisierte Kapitel europäischer Nachkriegsgeschichte aus der Distanz zu betrachten und Ursachen wie Folgen dieser erzwungenen Völkerwanderung ins Blickfeld zu rücken. Das ist auffällig und unterscheidet die einschlägigen Beiträge dieses Kompendiums wohlthuend von früheren Darstellungen, in denen die Opferrolle der Vertriebenen ohne historischen Kontext thematisiert worden ist.

Diese neue Perspektive versöhnt mit dem Umstand, dass mancher Beitrag (bereits ausführlicher aufbereitetes) Material auf das einem Sammelband zuträgliche Maß verkürzt und damit auch Wertungen verschiebt – so geschehen z. B. in dem Beitrag zur Belletristik in der DDR. Dafür gibt es eine Reihe von Aufsätzen, die darauf verweisen, dass sie nur einen ersten Zugriff auf ein Erinnerungsphänomen darstellen und weitere Untersuchungen notwendig sind. Das gilt beispielsweise für die Erinnerung an Flucht und Vertreibung in Schulbüchern (Stephan Scholz), auf Plakaten (Tobias Weger), in Zeitungen und Zeitschriften (Maren Röger) oder im Hörfunk (Christoph Hilgert) – welch ein Themenfundus für Masterarbeiten, denen das Schicksal erspart bliebe, in Aktenschränken zu verstauben!

Leerstellen anderer Art fallen der Rezensentin auf: Wo ist der Beitrag, der die Arbeit der Kulturstiftung der Vertriebenen beleuchtet, die gerade seit der deutschen Einheit mit Publikationen und Veranstaltungen eine verdienstvolle Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit leistet? Wo findet sich eine Bemerkung zur Bundeszentrale für politische Bildung und den entsprechenden Landeszentralen, die mit ihren Publikationen, Seminarreihen und Studienreisen nicht nur auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung tätig sind, sondern auch für den schulischen Bereich spezielles Material zu den „historischen deutschen Ostgebiete-

ten“ erarbeitet haben? Gerade ein als „Handbuch“ konzipierter Band sollte diese Bereiche nicht aussparen!

Sicherlich ist es schwierig, 22 Beiträge auf ein gemeinsames Konzept zu verpflichten, das von Oral History bis Heimatstube und Flaggenkunde fünfunddreißig sehr unterschiedliche Gegenstände unter einem Generalthema vereinigt. (Und dieses Experiment, für das sich die Hrsg. bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Deutschen Historischen Institut in Warschau bedanken, kann man grundsätzlich als gelungen bezeichnen.) Es klingt daher ungerecht, wenn thematische Erweiterung angeregt wird. Und doch wäre es wünschenswert, neben den oben genannten deutschen Institutionen auch die Außensicht auf den Vertreibungsvorgang stärker in die Betrachtung einzubeziehen. Wie erinnern junge Menschen in – beispielsweise – Danzig (Gdańsk) die Geschichte ihrer Stadt und deren Bevölkerung? Welche Erinnerung an den deutschen Exodus wird in den Familien sogenannter „naturalisierter Polen“ weitergegeben? Wie gehen Polen in den sogenannten „wiedergewonnenen Gebieten“ mit der Geschichte ihrer Heimat um? Im tschechischen Boží Dar (Gottesgab) gedenkt man Anton Günthers, des erzgebirgischen „Heimatsängers“, der auch im vorliegenden *Handbuch* erwähnt wird (vgl. S. 285) – aber wie präsent ist allgemein in der Erinnerung von Tschechen das „verschwundene Sudetenland“? Das würde man auch gern erfahren. Wäre es nicht interessant, den Prager Bürgerverein „Antikomplex“ vorzustellen, der sich darum bemüht, die tschechische Erinnerung an Flucht und Vertreibung zu entideologisieren? So schließe ich der Lektüreempfehlung eine Schreibempfehlung an – nämlich die „Erinnerung an Flucht und Vertreibung“ auch aus Sicht der Vertreibungsgebiete zu behandeln, wie das in einem ersten Zugriff bereits 2001 Hubert Orłowski, Tadeusz Namowicz, Urszula Bonter und andere in *Landschaften der Erinnerung, Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht* versucht haben. Fast sieben Jahrzehnte nach dem historischen Ereignis sollte das möglich sein.

Plzeň

Elke Mehnert

Birgit Hofmann: Der „Prager Frühling“ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968. (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, Bd. 10.) Wallstein-Verl. Göttingen 2015. 472 S., Ill. ISBN 978-3-8353-1737-6. (€ 39,90.)

In ihrem Buch, das sich auf zahlreiche Quellen und eine umfangreiche Sekundärliteratur stützt, beschäftigt sich Birgit Hofmann mit der Frage, welche Bedeutung die tschechoslowakische Krise für die internationalen Beziehungen vor allem im Kontext der französischen und bundesdeutschen Ostpolitik hatte. An diesem Forschungsansatz orientiert sich auch die Struktur der Publikation. Die Kapitel, in denen die Situation vor 1968, die Reaktionen auf den „Prager Frühling“, die Intervention des Warschauer Paktes und deren Konsequenzen besprochen werden, sind nach einem ähnlichen Schema aufgebaut: Zuerst wird ein Überblick zu den Ereignissen gegeben, dann werden die Einstellungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland und zum Schluss die Reaktionen der beiden Staaten verglichen. In den Kapiteln über die Intervention des Warschauer Paktes und deren Folgen bespricht H. ausführlicher die Reaktion anderer Staaten, wobei sie ein besonderes Gewicht auf die USA legt. Der Leser könnte erwarten, dass die Reaktionen der westlichen Staaten ausführlicher geschildert werden. Bisweilen geht die Darstellung über den französischen und bundesdeutschen Kontext hinaus, dieser bleibt aber ein grundsätzlicher Bezugspunkt.

Die Verwendung des Begriffs „der Westen“ ist – meiner Meinung nach – wissenschaftlich nicht begründet. Zeitlicher Ausgangspunkt sind für H. die 1960er Jahre. Frankreich und die Bundesrepublik waren in der damaligen Politik zwei sehr unterschiedliche Akteure und lassen sich schwerlich als Vertreter eines breit verstandenen Westens (z. B. der NATO-Staaten) oder als Hauptarchitekten von dessen Ostpolitik betrachten. Beide Staaten gewannen erst viel später in den Strukturen vor allem des europäischen (EWG, EU), aber